Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers

Deutscher Städtetag

Deutscher Städtetag | Hausvogteiplatz 1 | 10117 Berlin

Bundesministerium für Gesundheit
Dr. Christian Döbling
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

E-Mail: 228@bmg.bund.de

Stellungnahme des Deutschen Städtetages zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

12.07.2022/thi

Kontakt

Anja Patzki
anja.patzki@staedtetag.de
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Telefon 030 37711-420
Telefax 030 37711-409

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
53.12.00 D

Hauptgeschäftsstelle Berlin
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon 030 37711-0

Hauptgeschäftsstelle Köln
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

Europabüro Brüssel
Avenue des Nerviens 9-31
1040 Bruxelles / Belgien
Telefon +32 2 74016-20

Sehr geehrter Herr Dr. Döbling,

für die Übersendung des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Möglichkeit einer Stellungnahme bedanken wir uns. Leider war die Frist erneut sehr kurz, so dass wir keine Gelegenheit hatten, unsere Mitglieder zu befragen. Wir bitten bei derart wichtigen Gesetzesvorhaben um eine angemessene Fristsetzung.

Eine Anmerkung zu dem Gesetzesentwurf möchten wir uns erlauben: Der Entwurf sieht vor, dass ab dem Jahr 2024 nur noch die Pflegepersonalkosten qualifizierter Pflegekräfte, die in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingesetzt sind, im Pflegebudget berücksichtigt werden können. Angesichts der wirtschaftlich desolaten Situation der Krankenhäuser und der stark steigenden Kosten ist die geplante Regelung nicht nachvollziehbar. Denn es wird der Eindruck erweckt, dass der Bereich der Pflege derzeit doppelt finanziert wird. Dies ist nicht der Fall. Zur Verhinderung von Doppelfinanzierung wurden seit der Ausgliederung der Pflegepersonalkosten Bewertungsrelationen in Höhe von insgesamt 375 Millionen Euro aus dem Fallpauschalen-Katalog ausgegliedert (Normierung). Es ist nicht akzeptabel, dass die Budgets noch einmal gekürzt werden sollen. Die Krankenhäuser brauchen derzeit mehr Unterstützung denn je. Sie gehen in Vorleistung in Milliardenhöhe aufgrund der verzögerten Budgetverhandlungen. Die massiven Preissteigerungen können die

Krankenhäuser nicht weitergeben. Eine Refinanzierung erfolgt nicht. Die Krankenhäuser haben nach wie vor mit reduzierten Fallzahlen zu kämpfen. Es drohen weitere Krankenhausschließungen, die durch derartige Neuregelungen weiter befeuert werden.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Göppert